

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Kurt Schölerer, Dresden, Neumarkt 10/11  
Eigentümer: Kurt Schölerer, Dresden, Neumarkt 10/11  
Redaktion: Kurt Schölerer, Dresden, Neumarkt 10/11

Bestellpreis: Bei Kassa 1,20 M., bei Abnahme 1,00 M. (einschl. 10% U. V. für Kassenlohn), bei Abnahme 1,50 M. (einschl. 10% U. V. für Kassenlohn) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einspaltige 80 mm breite Zeile 25 Pf., für 4 Wochen 1,00 M., für 8 Wochen 1,80 M., für 12 Wochen 2,50 M., für 16 Wochen 3,20 M., für 20 Wochen 3,80 M., für 24 Wochen 4,40 M., für 28 Wochen 5,00 M., für 32 Wochen 5,60 M., für 36 Wochen 6,20 M., für 40 Wochen 6,80 M., für 44 Wochen 7,40 M., für 48 Wochen 8,00 M., für 52 Wochen 8,60 M.

Druck: Kurt Schölerer, Dresden, Neumarkt 10/11  
Verleger: Kurt Schölerer, Dresden, Neumarkt 10/11  
Eigentümer: Kurt Schölerer, Dresden, Neumarkt 10/11

## Auftakt zur Regierungsumbildung

### Die NSDAP. fordert den Kanzlerposten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. August. Mit der Rückkehr des Reichskanzlers nach Berlin ist der Kampf um die Umbildung des Reichskabinetts, der bisher im Halbdunkel geführt wurde, schneller, als erwartet, in das helle Tageslicht getreten. Dies ist darauf zurückzuführen, daß in der Wilhelmstraße von unabhängiger Stelle, also gewissermaßen amtlich, zur Frage der Regierungsumbildung Stellung genommen wird, und daß auch die Nationalsozialisten erstmalig unter Hinweis auf die Wünsche ihrer Führung zur Regierungsumbildung Stellung nehmen. Der nationalsozialistische Angriff beschäftigt sich heute mit einer Presseerklärung, laut der die Nationalsozialisten bereit seien, „in die Regierung hineinzugehen“. Demgegenüber stellt das Blatt unter Hinweis darauf, daß es sich um eine parteiamtliche Äußerung handelt, fest, daß „wir Nationalsozialisten es grundsätzlich ablehnen, in eine Regierung hineinzugehen“, sondern daß wir verlangen, daß ihr Kurs ausdrücklich von uns bestimmt ist. Wir lehnen ein farbloses Kabinett der „Schwämme“ ab. Wir haben ein farbiges Kabinett eine Stärke erreicht, wie bisher noch niemals eine Partei, weil wir eben nicht eine politische Partei, sondern eine Volksbewegung sind. Wir können deshalb auch verlangen, daß uns ein Einfluß auf den Regierungskurs gewährt wird, wie noch niemals einer Partei. Weiterhin heißt es, daß die Regierungsumbildung notwendig ist, und daß die Nationalsozialisten, so gibt es für uns nur eine Antwort: „Radikales Kamp“. Es kann kein Zweifel darüber sein, wer diesen Kampf in kurzer Frist gewinnen wird. Im Interesse Deutschlands wäre es aber zu wünschen, wenn dieser Kampf vorüber werden könnte, und wir haben begründete Hoffnungen, daß diese Einsicht auch auf der Gegenseite vorhanden ist.

Es wird zweifellos bei der Auswahl nationalsozialistischer Persönlichkeiten dem Gedanken des Präsidialkabinetts Rechnung getragen werden. Diese Stellungnahme wird dahin gedeutet, daß die Reichsregierung die Uebergabe der Kanzlerpost an Adolf Hitler rund heraus ablehne. Man darf deshalb gespannt sein, wie dieser Konflikt, den wir vorausgesehen haben, seine Lösung finden wird. Am besten wäre es zweifellos, wenn der Kampf um die Regierungsumbildung nicht wie bisher nur durch dritte Personen oder die Presse geführt werde, sondern wenn eine offene Auseinandersetzung zwischen dem Reichspräsidenten, Reichskanzler und Adolf Hitler stattfände. Wird der Kampf um die Regierungsumbildung auf die Spitze getrieben, so könnte dies zu höchst unerwünschten Folgen führen. Die Verubigung im Lande, die dringender denn je notwendig ist, würde dadurch zweifellos hinausgeschoben werden. Es wäre deshalb von beiden Seiten erwünscht, jede Ausprägung des Konflikts zu vermeiden, von dem man heute bereits offen sprechen kann.

Damit ist seitens der Nationalsozialisten die Umgruppierung im Reichskabinett auf eine klare Formel gebracht: Die Nationalsozialisten fordern den Reichskanzlerposten und drohen damit, daß, falls sie ihn nicht bekommen sollten, der Nationalsozialismus in radikale Opposition gegen die Reichsregierung eintreten werde. Der Standpunkt der Reichsregierung ist in folgenden Zügen, hinter denen der Reichskanzler v. Papen selbst vermutet wird, festgelegt. Sie besagen: „In den Pressemeldungen über eine mögliche Umbildung der Reichsregierung wird von unabhängiger Seite erneut darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß das Reichskabinett den Charakter eines Präsidialkabinetts behalten muß. Eine Übernahme nationalsozialistischer Minister liegt völlig in dieser Richtung.“

Der Reichskommissar steht auf dem Standpunkt, daß derlei Vorgänge nicht gebuldet werden können. Er hofft, sich zunächst mit diesem Erlaß an die Beamtenchaft begnügen zu können. Der Reichskanzler selbst nahm am Vormittag den Bericht über die politische Lage in Preußen entgegen. Gleichzeitig fand eine abschließende Referentenbesprechung über die ins Auge gefassten vorliegenden Maßnahmen zur Herstellung von Ruhe und Ordnung statt. Ob sich der Reichskanzler zum Erlaß dieser Maßnahmen entschließt, wird in den Mittagsstunden in der Wilhelmstraße nicht für wahrscheinlich gehalten. Weiter wird von unabhängiger Stelle mitgeteilt, daß ein Gehebtentwurf über die Neuordnung des Reichsstaatsrechts vom Kabinett nicht verabschiedet sei. Es lägen vielmehr nur ältere Referentenentwürfe vor.

## Die Befriedungsaktion in Ostpreußen

Königsberg, 8. August. Der kommissarische Polizeipräsident teilt folgendes mit: Anlässlich des Besuchs des von dem Reichskommissar nach Königsberg entsandten besonderen Beauftragten hatte der erste Vertreter des Oberpräsidenten der Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten zu einer Besprechung eingeladen. Der kommissarische Polizeipräsident hat über den Stand der Ermittlungen nach den Königsberger Attentätern sowie über die allgemeine Lage Bericht erstattet. Der Beauftragte des Reichskommissars ließ sich von den Sachbearbeitern über die einzelnen Fälle und ihre Bearbeitung unterrichten. Er hat der Auffassung Ausdruck gegeben, daß von der Polizei entschieden und umfänglich unter anstrengender Anspannung aller Kräfte vorgegangen werden ist. Bei der Erörterung von Maßnahmen zur Bekämpfung weiterer Ausbreitungen wurde insbesondere ein noch schärferes Einschreiten gegen unbefugtes Waffenführen beschlossen. Es wurden auch die Handhaben besprochen und vorbereitet, die von der angeforderten Nothilfe der Reichsregierung zur Bekämpfung des politischen Rowdismus und besonders der Sprengstoffverbrechen erwartet werden. Die lebendige Bevölkerung kann zu den Behörden das Vertrauen haben, daß sie nicht nur entschlossen sind, alle notwendigen Maßnahmen zu ihrem Schutze einzusetzen, sondern auch, daß diese Maßnahmen in jeder Hinsicht ausreichen und wirksam sind. Sie werden schonungslos gegen jede verbrecherische Elemente eingeschaltet werden.

eine individuelle Prüfung der Zuverlässigkeit und des Bedenklichkeits eingetreten worden ist. Diese Waffenscheine sind offenbar auf persönliche Anordnung des früheren Polizeipräsidenten ausgestellt worden unter Ausscheidung von normalen Bewaffnungsangehörigen. Der kommissarische Polizeipräsident hat die sofortige Einziehung solcher Waffenscheine bereits angeordnet. Politische Anschläge in Waldenburg. Waldenburg, 8. August. Montag gegen 3 Uhr wurden durch Kleinplakatscheine vier Schaulustigen die sozialdemokratische Zeitung „Die Bergwacht“ herumgeworfen. Außerdem wurden gegen die Bergwacht-Buchhandlung eine Reihe Schüsse abgegeben, deren Einschläge an den Schelben der Tür und der Mauer festzustellen waren. Etwa um die gleiche Zeit wurde aus einem Kraftwagen mit Pistolen mehrfach auf das S. A. Büro in der Freiburger Straße geschossen und Fenster und die Zimmerdecke erheblich beschädigt. Auch zwei Schaulustigen des Kaufhauses von Schoden wurden eingeschlagen. In der gleichen Nacht fielen auf die Wohnung des sozialdemokratischen Amtsvorstehers Köhler in Dittersbach mehrere Schüsse. Ein Geschlag in die Wohnung ein, verletzte jedoch niemand. Schließlich wurde auch noch auf die in der Hauptstraße liegende Wohnung eines S. A. Führers geschossen.

### Beamte und Parteipolitik

Berlin, 8. Aug. Ueber die parteipolitische Betätigung der Beamten hat der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Innenministers beauftragte Bevollmächtigte des Reichskommissars für Preußen, Dr. Bracht, an die Behörden der allgemeinen und inneren Verwaltung folgenden Erlaß gerichtet mit der Anweisung, ihn allen Beamten umgehend zur Kenntnis zu bringen: Während des letzten Reichstagswahlkampfes haben sich in einer Reihe von Fällen Beamte an der Wahlaktion in der verschiedensten politischen Parteien — teilweise innerhalb ihres Amtsbezirks und unter einem gewissen Einfluß ihrer amtlichen Stellung oder ihres amtlichen Einflusses — führend beteiligt. Der Beamte, der sich parteipolitisch betätigt, darf hierbei nie vergessen, daß der Beamte nach der Reichsverfassung in seinem Beruf Diener der Gesamtheit, nicht einer politischen Partei, ist. Aus diesem hohen Beruf des Beamten ergeben sich für seine private parteipolitische Betätigung zum mindesten in der Form des Aufstrebens Grenzen, die gerade in von Parteileidenschaft durchwühlter Zeit nicht überschritten werden dürfen. Die Erhaltung des Glaubens an eine unparteiische und gerechte Staatsverwaltung im Volke ist ein besonders wichtiges Element zur Festigung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Selbst wenn auch nur der Schein politischer Einseitigkeit der Staatsbeamten infolge einer diese Grenzen überschreitenden parteipolitischen Betätigung das Vertrauen in die Sachlichkeit und Unparteilichkeit der Staatsverwaltung trüben würde, so müßte — zumal in Zeiten wie den gegenwärtigen — der Staat, aber auch die Idee des Berufsbeamtenums, schweren Schaden leiden. Ich werde nicht dulden, daß durch die Art der parteipolitischen Betätigung von Beamten der Staatsgebäude zu Schaden kommt. Zwar will ich gewissen mitgeteilten Einzelfällen über die Art parteipolitischer Betätigung von Beamten anlässlich der letzten Reichstagswahl nicht weiter nachgehen. Ich muß jedoch angesichts der Notlage des Vaterlandes und der bestehenden parteipolitischen Verhältnisse mit allem Nachdruck und Ernst an das Beamtenumt die Forderung richten, bei künftiger Teilnahme an parteipolitischen Auseinandersetzungen diejenige besondere Wahrung und Zurückhaltung zu üben, die sich für sie aus ihrer Eigenschaft als Diener am Volksgang und bedeutsame Organe der Staatsgewalt ergibt.

### Reichswehrminister von Schleicher in Kiel

Kiel, 8. August. Reichswehrminister v. Schleicher traf heute vormittag zum Besuche der Reichsmarine hier ein. Bei seiner Ankunft im Stationsgebäude wurde von einem der im Hafen liegenden Kriegsschiffe der Kreuzer „Graf Spee“ der Minister feierlich empfangen. Der Kommandant des Stationsgebäudes eine Ansprache an die Marineoffiziere. Der Reichswehrminister wird sich auf dem Kreuzer „Königsberg“ einschiffen, um an den Flottenübungen in der Ostsee teilzunehmen.

### „Strafenterror auf SPD-Befehl“

Eine Veröffentlichung der Nationalsozialistischen Korrespondenz. München, 8. August. Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz veröffentlicht unter der Überschrift „Strafenterror auf SPD-Befehl“ Einzelheiten über eine am 2. August in Berlin abgehaltene Sitzung der Zentralleitung des Roten Frontkämpferbundes. Das Ergebnis der Konferenz sei in Anweisungen an die Gauführer niedergelegt worden, die besagen: Aus den ältesten und vorwiegendsten Mitgliedern des Bundes seien besondere Gruppen zu bilden mit der Aufgabe, gegen die eigenen Lokale und gegen die eigenen Roten Sprengstoffattentate auszuführen. „Wir dürfen nicht einmal davor zurückweichen, daß Leben und führender Genossen auf Spiel zu legen, natürlich nicht wahllos. Noch weniger Rücksicht brauchen wir und gegen über Gewerkschaftsführern, Konsumgenossenschaftlichen und anderen Einrichtungen der SPD. aufzuwerfen. Je größere Herdrungen wir auf diesem Gebiete anrichten, desto größer wird die Wut und die Erbitterung der Massen gegen die vermeintlichen Täter, die Nationalsozialisten, sein.“

### Geständnis zweier Attentäter

Brandenburg, 8. Aug. Zum letzten Sprengstoffanschlag teilt die Polizei u. a. mit: Zwei der festgenommenen haben gestern ein umfassendes Geständnis abgelegt. Bei beiden Tätern handelt es sich um Mitglieder der NSDAP. Der eine hält sich seit einigen Monaten in der Stadt auf, der andere erst einige Tage. Der eine Täter hat den Sprengstoffkörper zur Explosion gebracht, während der andere Schmiere hand. Der zur Tat benutzte Sprengstoffkörper ist offenbar von Brandenburg angefertigt. Nach dem Geständnis des Haupttätlers entspringt die Tat seiner eigenen Entscheidung. Er will zu ihr von niemandem angehetzt worden sein.

### Nachprüfung der Waffenscheine

Königsberg, 8. August. Der kommissarische Polizeipräsident teilt mit: Auf Grund einer Anzeige ist der kommissarische Polizeipräsident in eine Nachprüfung der erteilten Genehmigungen zur Führung von Waffen eingetreten. Es ist dabei festgestellt worden, daß solche Genehmigungen anheimelnd auf Grund eines Sammelantrags erteilt worden sind. Aus den Akten ist nicht zu entnehmen, daß in

### Sieben Verhaftungen in Schleswig-Holstein

Altona, 8. Aug. Ueber die Verhaftungen wegen der Sprengstoffanschläge in Schleswig-Holstein wird ein amtlicher Bericht herausgegeben. In dem es heißt: Die Ermittlungen haben bisher zu sieben Festnahmen geführt, und zwar in Rendsburg, Weldorf, Wesselburen und Elmshorn. Die Festgenommenen sind Nationalsozialisten und gehören überwiegend der SS an. Die amtlichen Ermittlungen sind mit aller Energie aufgenommen und gehen weiter.